



Wahlprüfsteine der Metropolregion Rheinland zur Europawahl 2024

Rheinland – Region in Transformation

Das nordrhein-westfälische Rheinland ist eine über Jahrhunderte gewachsene Region mitten in Europa, positiv geprägt durch unzählige kulturelle Einflüsse und vitale Beziehungen zu den europäischen Nachbarn in Belgien und den Niederlanden. Die vielfach liberale Lebenseinstellung der Menschen im Rheinland ist auch Ausdruck der Fähigkeit, offen mit Veränderungen umzugehen, sich an neue Situationen anzupassen und mutig Wandel zu gestalten.

Zugleich ist das Rheinland eine der wichtigsten Wirtschaftsregionen Deutschlands und Europas. Es spielt mit einem Bruttoinlandsprodukt von ca. 390 Mrd. EUR in einer Liga mit Österreich, Finnland und Dänemark. Das Rheinland zeichnet sich durch eine vielfältige Wirtschaftslandschaft aus und ist ein besonderer Ort verschiedener Transformationen. Angefangen im Rheinischen Revier, in dem die Transformation des nordrhein-westfälischen Energiesektors besonders im Fokus steht, über die Chemiestandorte entlang des Rheins, an denen sich die Herausforderungen sämtlicher energieintensiver Industrien ablesen lassen, bis hin ins Bergische zu den beispielhaften Bereichen Metallverarbeitung, Kunststoffindustrie und Automobilwirtschaft, bei denen nicht nur die Dekarbonisierung auf der Transformationsagenda steht, sondern sie sich zum Teil komplett neu erfinden müssen. Dabei geht es nicht nur um die Belange der Großindustrie, auch im Mittelstand stehen große Herausforderungen an.

Denn gerade das Rheinland zeichnet sich durch eine breite Industrielandschaft mit zusammenhängenden Wertschöpfungsketten als Wirtschaftsregion besonders aus. Neben z.B. Automobilherstellern und entsprechenden Zulieferern sowie Unternehmen aus dem Bereich Materialerzeugung sowie -verarbeitung ist es vor allem auch die ausgeprägte und ausdifferenzierte Chemieindustrie, die von der Produktion chemischer Grundstoffe bis hin zur Fertigung chemischer Enderzeugnisse reicht, die über die letzten Jahrzehnte wesentlich zum gesellschaftlichen Wohlstand im Rheinland selbst, aber auch darüber hinaus beigetragen hat.

Nicht nur aufgrund des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung steht das Rheinland vor großen Herausforderungen, die insbesondere auf die geopolitische Lage, die jahrzehntelange Vernachlässigung von Standortfaktoren und den Umbau der Wirtschaft zu einem CO₂-neutralen Pendant sowie deren Implikationen zurückzuführen sind. So hat die Metropolregion Rheinland im Kontext des Inflation Reduction Acts der Vereinigten Staaten bereits Ende 2022 vor Standortnachteilen und damit folgend vor einer fortlaufenden Deindustrialisierung im Rheinland als eine der deutschlandweit wirtschaftsstärksten Regionen gewarnt.

Zukunftsfähiges Rheinland – Transformative Struktur- und Wirtschaftspolitik

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Rheinlands ist eine transformative Struktur- und Wirtschaftspolitik erforderlich, die auf die Wettbewerbsfähigkeit der Region ebenso abstellt, wie auf eine Stärkung des europäischen Binnenmarkts im globalen Kontext. Hierbei ist vor allem ein strategischer Aufeinanderbezug regionaler und sektoraler Aspekte in den Fokus zu

rücken, um eine schnell umsetzbare und zugleich ausreichend wirksame Unterstützung der Wirtschaftslandschaft im Rheinland zu gewährleisten.

Eine gute Strukturpolitik für Metropolregionen, die Gesellschaft und Wirtschaft digitaler und umweltfreundlicher gestalten will, darf sich nicht darauf beschränken, durch Förderprogramme regionale Unterschiede auszugleichen. Sie muss alle Bereiche berücksichtigen, die neben den sektoralen (Branchen-) Themen gleichzeitig auch starke regionale Auswirkungen haben. Eine erfolgreiche transformative Strukturpolitik für Metropolregionen stärkt deren Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Maßnahmen, die nicht nur den wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa fördern, sondern auch den Zusammenhalt der Menschen (soziale Kohäsion).

Konkrete Fragen zu europapolitischen Herausforderungen der Metropolregion Rheinland

Aus Perspektive der Metropolregion sind dabei insbesondere die folgenden **zehn Punkte** hervorzuheben:

1. Die Europäische Union muss ihre **Kohäsionspolitik neu ausrichten**. Gezielte strukturpolitische Investitionen sind ein wichtiges Instrument für eine ausgeglichene Entwicklung der Regionen und zur Reduzierung von Ungleichheiten zwischen ihnen. Gleichzeitig stehen auch vermeintlich stärkere Regionen vor vielfältigen Transformationsherausforderungen, die auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden können. Daher schließt sich die Metropolregion Rheinland der Brüsseler Erklärung der Länder an und fordert für die „kommende Förderperiode eine angemessene Mittelausstattung und attraktive Kofinanzierungssätze insbesondere für Übergangsregionen, aber auch für stärker entwickelte Regionen als Wachstums- und Innovationslokomotiven der EU. [...] Es gilt vorhandene Stärken zu stärken, um so den europäischen Anschluss an den globalen Wettbewerb zu behalten. Angesichts dieser Ausgangslage bedarf es einer Fortentwicklung der Kohäsionspolitik, die die Regionen bei der Bewältigung der mehrschichtigen Transformation unterstützt und es ihnen ermöglicht, flexibel auf die jeweiligen Transformationsbedarfe zu reagieren.“



Wie sollte sich aus Ihrer Sicht, die europäische Kohäsionspolitik in den kommenden Jahren weiterentwickeln? Welche Positionen werden Sie einbringen?

2. Das Rheinland ist einer der ältesten Wirtschaftsstandorte für energieintensive Unternehmen in Deutschland. Aus dieser Geschichte heraus ist ein wirtschaftsstarker Standort gewachsen, bei dem aber mittlerweile fast alle Unternehmen und Branchen zumindest indirekt in einem intensiven, globalen Wettbewerb stehen. Andere Standorte werben zunehmend auch mit direkter staatlicher Unterstützung von Unternehmen für die Gestaltung der ökologischen Transformation. In transformationsintensiven Regionen, wie dem nordrhein-westfälischen Rheinland muss also auch der EU-Gesetzgeber eine Möglichkeit schaffen, Unternehmen einen global attraktiven Standort zu bieten. Hierzu ist es erforderlich, dass **im Beihilferecht Möglichkeiten geschaffen** werden, die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in für die **Bewältigung der Transformation auf betrieblicher Ebene** strategisch relevanten Themenfeldern wie z.B. klimaneutrale Produktionsverfahren oder geschlossenen Ressourcenkreisläufe besser und schneller monetär durch den Staat fördern zu können. Auch die weitere **Beschleunigung von Planungs- und**

Genehmigungsverfahren für transformationsrelevante Infrastrukturprojekte sowie ein stärkerer **Abbau von Bürokratie im Kontext nachhaltigkeitsbezogener Vorgaben und Regulierungen** sind dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit von solchen transformationsbetroffenen Wirtschaftsstandorten in Europa zukünftig zu erhalten.



Welche Ansätze verfolgen Sie zur Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts, v.a. mit Blick auf die Transformationsherausforderungen und die globale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Wirtschaftsstandorte?

3. Damit das Rheinland weiterhin Heimat energieintensiver Branchen sein kann, werden über das Jahr 2030 hinaus **dauerhaft gesicherte Energiemengen** benötigt. Der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahre 2030 wird dann zu einer enormen Belastung, wenn der notwendige weitere Ausbau erneuerbarer Energien sowie einer **beschleunigten Schaffung der notwendigen Infrastruktur** in Form von **Stromtrassen**, aber auch von **Wasserstoffnetzinfrastrukturen** mit den sich ändernden Bedarfen nicht Schritt halten kann. Daher muss eine solche Planung ergänzend zu nationalen Nord-Süd-Dimensionen je nach regionalen Gegebenheiten stärker auch unter Einbezug von europäischen Nachbarländern - im Falle des Rheinlandes der Niederlande und Belgien - gedacht werden. Um im Rheinland Versorgungssicherheit zu bieten und das Rheinland zu einem attraktiven Standort für die Neuansiedlungen von Zukunftsindustrien zu machen, braucht es redundante und zugleich flexible Netzstrukturen, die bestehende Bedarfe sicher decken und ebenso ein dynamisches und schnelles Reagieren auf zukünftig erst entstehende Bedarfe ermöglichen. In Bezug auf Wasserstoffimporte ist diesbezüglich insbesondere eine umfangreiche auch grenzüberschreitende Anbindung des Rheinlands an den Rhein-Delta-Korridor notwendig sowie dessen Verlängerung an die geplante H2ercules Verbindung von Eynatten (BE) nach Hürth/Köln. Gleichzeitig kommt die Entwicklung des europäischen Binnenmarkts für Strom und Gas immer noch nur schleppend voran, obwohl ein diskriminierungsfreier grenzüberschreitender Handel gerade in der Grenzregion die Energieversorgung nachhaltiger, preisgünstiger und vor allem sicherer machen würde. Die EU-Verordnung über die transeuropäische Energieinfrastruktur (TEN-E) soll Investitionen in die grenzüberschreitende Energieinfrastruktur erleichtern. Um die Energieinfrastruktur der Mitgliedstaaten besser zu verbinden und an den neuen Bedarfen auszurichten, muss sie zeitnah revidiert werden.



Wie bewerten Sie die Entwicklungen des Europäischen Energiebinnenmarktes? Wie soll eine neue TEN-E Verordnung gestaltet sein, um die Bedarfe im Rheinland bestmöglich adressieren zu können?

4. Das Rheinland ist nicht nur Heimat des größten Chemiestandorts Europas, sondern auch Produktions- und Verarbeitungsstätte vieler weiterer energieintensiver Güter, wodurch ein Großteil der rheinländischen Unternehmen direkt oder indirekt im internationalen Wettbewerb agieren. Folglich ist auch nicht nur die Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise im Rheinland für ein **Entgegenwirken von Abwanderung dieser Unternehmen** unabdingbar, sondern die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Allgemeinen. Mit den Zielen des **European Green Deals wurde bereits zentrale Weichenstellungen** für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen und klimaneutralen sozialen Marktwirtschaft auf EU-Ebene getroffen. Gerade im Rheinland sehen wir, dass die konkrete Umsetzung der ambitionierten Politikziele für eine solche nachhaltige Wirtschaft auch zu gesellschaftlichen und politischen Spannungen führen kann. Damit aber der

Transformationsprozess vor Ort zustimmend getragen und gestaltet wird, müssen **Zielsetzungen, Grenzwerte und Übergangsfristen** so ausgestaltet sein, dass sie für die Praktiker in den **Regionen realistisch umsetzbar** sind. Gleichzeitig fehlt es noch an einer global wirksamen Antwort auf die Schaffung attraktiver Standorte in anderen Märkten, wie sie etwa in den USA durch den Inflation Reduction Act geschaffen werden. Nicht nur die Wirtschaft in den ökonomischen Kraftzentren Europas, sondern alle Akteure, die den Strukturwandel aktiv gestalten, brauchen ein deutliches Standortsignal. **Der Green Deal muss um einen Industry Deal ergänzt werden, der (Innovations-)Potentiale aktiviert, Standorte festigt und zu Investitionen anreizt.**



Wie wollen Sie die Umsetzung des Green Deal weiterentwickeln? Welche Konzepte haben Sie für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im Allgemeinen und industriestarke Metropolregionen im Besonderen?

- Fachkräftemangel** stellt sowohl in strukturschwachen als auch zunehmend auch andere Regionen vor **besondere Herausforderungen**. Die Transformationsfähigkeit der Metropolregionen wird auch davon abhängen, ob man neue Fachkräfte in die Regionen vor Ort binden kann. Um die wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und weiterhin und transformationsbedingte regionale Unterschiede abzubauen, sollten politische Maßnahmen, wie etwa der **Aktionsplan der EU-Kommission zur Bekämpfung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels, stärker an regionale Bedürfnisse angepasst** werden. Gleichmaßen sollten auch zukünftige Entwicklungen in allen Gebieten berücksichtigt werden können, um dort möglichen Herausforderungen vorzubeugen.



Wie wollen Sie den Aktionsplan zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels mit Blick auf regionale Besonderheiten von Transformationsregionen weiterentwickeln?

- Neben den etablierten Elementen der europäischen Kohäsionspolitik sind für eine zukunftsfähige Transformation auf regionaler Ebene auch, wie zuvor dargestellt, grundsätzliche Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Neben wirtschafts- und industriepolitischen Aspekten sind für die **stark exportorientierte Wirtschaft im Rheinland** auch die Förderung der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften sowie **Fragen eines globalen Freihandels von großer Bedeutung**. Neue Handelsabkommen tragen nicht nur dazu bei, die häufig globalen Lieferketten der rheinischen Unternehmen auch weiterhin zu sichern, sondern haben zudem das Potenzial, die europäische Rohstoff- und Güterversorgung weiter zu diversifizieren. Die Entwicklung der Unternehmen in der Region hängt sehr davon ab, ob sie von ihren Standorten heraus in ihren Zielmärkten wettbewerbsfähig agieren können. Daher sollte Die EU-Handelspolitik Protektionismus entgegengetreten, Lieferketten durch möglichst multilaterale Regeln absichern und EU-Wirtschaftsinteressen souveräner verteidigen.



Wie wollen Sie die EU wieder zu einem stärkeren globalen Partner für andere Marktorte entwickeln? Welche konkreten Freihandelsabkommen erachten Sie mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Europas für erforderlich?

- Technologische Innovationen sind zentrale Triebfeder für den Erhalt und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in marktwirtschaftlichen Systemen. Auch deshalb sind Forschung und Entwicklung nicht nur Grundlage neuer Märkte, sondern spielen zudem bei der

Transformation der fossilenergiebasierten zu einer klimaneutralen Wirtschaft eine zentrale Rolle. Mit Blick auf starke Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und mit der Erfahrung erfolgreicher Veränderungs- und Entwicklungsprozesse, sind wir im Rheinland zuversichtlich, dass wir mit dem Innovationsgeist der Rheinländer*innen auch die aktuellen Herausforderungen meistern werden. Dennoch ist es gerade für Regionen mit einem starken industriellen Wertschöpfungskern unerlässlich, dass die Innovationspotentiale gemeinsam mit der Wirtschaft gehoben werden. Dazu braucht es einen flexibleren Umgang mit neuen Technologien (Fokus auf Skalierbarkeit durch Demonstrationsprojekte und „regulatory sandboxes“) zur Beschleunigung der Marktreife von Produkten sowie eine beihilferechtliche Anpassung, um Unternehmen in ihren marktnahen Entwicklungsbemühungen unterstützen zu können. Die Einführung des European Innovation Council (EIC) mit den Förderlinien "Pathfinder", "Transitions" und "Accelerator" war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser sollte konsequent weiterverfolgt werden. Zugleich muss auch Grundlagenforschung für die wirtschaftliche Anwendung nutzbar gemacht werden. Dafür sind **regionale Forschungsnetzwerke, -zentren und -kooperationen vor Ort zu stärken und deutsche Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft zu ermutigen, sich stärker am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation zu beteiligen, was durch eine bessere Verzahnung europäischer und nationaler Forschungs- und Innovationspolitik gelingen könnte**. Nur so haben wir die Chance, als Forschungsstandort innerhalb und außerhalb der EU attraktiv für kluge Köpfe zu bleiben und federführend dazu beizutragen, zukunftsweisende Innovationen in Europa zu realisieren.



Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die technologische Innovation in der EU zu stärken? Welcher Anreiz könnte aus Ihrer Sicht geschaffen werden, damit deutsche Akteure sich auch auf regionaler Ebene stärker am EU-Rahmenprogramm beteiligen?

8. Der EU-Binnenmarkt bietet zahlreiche attraktive, vorteilhafte Rahmenbedingungen für grenzüberschreitenden Handel. Allerdings hat die **Attraktivität der EU als Wirtschaftsstandort in den vergangenen Jahren an Attraktivität eingebüßt**. Neben hohen Energiekosten und geopolitischen Spannungen mit Auswirkungen auf den Welthandel sind vor allem **bürokratische Lasten** ein zentraler Grund. So hatte die amtierende EU-Kommission bereits vor Monaten angekündigt, 25 Prozent der geltenden Berichtspflichten abzubauen. Diesen Worten müssen endlich Taten folgen.



Mit Hilfe welcher Maßnahmen wollen Sie die bürokratischen Lasten durch EU-Gesetzgebung in den kommenden fünf Jahren reduzieren? Welche Berichtspflichten wollen Sie bspw. konkret auf den Prüfstand stellen?

9. Die aktuellen globalen Umbrüche sind auch für die gesamte Europäische Union eine Bewährungsprobe. Die Institutionen der Europäischen Union wiederum sind oftmals an nationalstaatlichen Proporzten ausgerichtet. Gleichzeitig nehmen europakritische Haltungen in den Mitgliedsstaaten zu, sodass das Projekt Europa in seiner jetzigen Architektur zunehmend gefährdet ist. Gerade die Menschen in Grenzregionen erleben im Gegenzug, dass die Trennlinien zwischen den europäischen Nationalstaaten im Alltag an Bedeutung verlieren, aber im staatlichen Handeln manifest und für eine reibungslose Transformation hinderlich sind. Die selbst gemachten positiven Erfahrungen im Grenzraum lassen uns im Rheinland zur Überzeugung kommen, dass starke (Metropol-)Regionen helfen, Europa

zukunftsfest zu machen und etwaige, durch nationalstaatliche Befindlichkeiten ausgelöste Schwächen der Mitgliedsstaaten ausgleichen können. Denn letztlich wird neben und mit der Nachhaltigkeitstransformation vor allem der Digitale Wandel durch die Akteure vor Ort zu meistern sein. Zunehmend werden in Brüssel daher auch politische Forderungen laut, die **eine stärkere institutionelle Einbindung von Metropolregionen** einfordern.



Wie bewerten Sie die Rolle von Metropolregionen für die Zukunftsfähigkeit der EU? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Bedeutung von Metropolregionen im Institutionengefüge der EU stärken?

10. Das Thema Verkehr & Mobilität spielt in der Europäischen Union eine wichtige Rolle. Um ein attraktiver **Wirtschafts- und Lebensstandort zu bleiben, benötigen Regionen eine bessere und zukunftsste Verkehrsinfrastruktur sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr**. Dies trifft insbesondere auch auf **die Metropolregion Rheinland** zu, durch die mit dem **Rhein-Alpin-Korridor** sowie dem **Nordsee-Baltikum-Korridor** gleich **zwei transeuropäische Kernnetzkorridore** verlaufen. Auch aufgrund der notwendigen CO₂-Reduzierung bzw. Dekarbonisierung des Verkehrs hat die EU die Sustainable and Smart Mobility Strategy beschlossen. Bis 2030 soll der Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Schiene verdoppelt werden, bis 2050 der Güterverkehr. Auch für die Binnenschifffahrt wird bis 2030 eine Steigerung des Güterverkehrs um 25% angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, muss die **Infrastruktur vor allem auch grenzüberschreitend ausgebaut und angeglichen werden**, um den Bedürfnissen der Akteure gerecht zu werden. Derzeit gleicht das Schienennetz jedoch noch immer einem Flickenteppich, der dringend zukunftsorientiert aufgelöst werden muss. Der Schienenverkehr kann die Grenzen nicht reibungslos überqueren und es kommt häufig zu erheblichen Störungen im Betriebsablauf. Dies führt zu einer unsicheren Mobilitäts- und Versorgungssituation der Akteure. Für die Metropolregion Rheinland mit Grenzen zu zwei europäischen Nachbarn spielt der grenzüberschreitende Verkehr eine bedeutende Rolle.



Wie bewerten Sie die Zielsetzungen der EU für den Modal Split? Welche Maßnahmen könnten aus Ihrer Sicht zu einem sichereren und verlässlicheren grenzüberschreitenden Verkehr führen?

Über die Metropolregion Rheinland (MRR):

Die Metropolregion Rheinland (MRR) vertritt die strukturpolitischen Interessen des Rheinlands gegenüber den politischen Institutionen des Landes, des Bundes und bei der EU. Im MRR e.V. haben sich sämtliche kreisfreie Städte, Kreise, Kammern sowie der Landschaftsverband auf dem Gebiet des nordrhein-westfälischen Rheinlands zusammengeschlossen, um dem Rheinland eine starke Stimme zu geben. Das Gebiet umfasst eine Fläche von rund 40% von NRW und hat knapp 9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Die Mitglieder sind im Einzelnen:

Kreisfreie Städte:

- Stadt Aachen
- Landeshauptstadt Düsseldorf
- Stadt Köln
- Klagenfurt Solingen
- Stadt Mönchengladbach
- Stadt Wuppertal
- Bundesstadt Bonn
- Stadt Duisburg am Rhein
- Stadt Krefeld
- Stadt Leverkusen
- Stadt Remscheid

Kreise:

- Kreis Düren
- Kreis Heinsberg
- Kreis Mettmann
- Rheinisch-Bergischer Kreis
- Rhein-Kreis Neuss
- Kreis Viersen
- Kreis Euskirchen
- Kreis Kleve
- Oberbergischer Kreis
- Rhein-Erft-Kreis
- Rhein-Sieg-Kreis
- Kreis Wesel

Städteregionen:

- Städteregion Aachen

Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern:

- Handwerkskammer Aachen
- IHK Bonn/Rhein-Sieg
- IHK zu Düsseldorf
- IHK zu Köln
- Niederrheinische IHK
Duisburg-Wesel-Kleve
- IHK Aachen
- Handwerkskammer Düsseldorf
- Handwerkskammer zu Köln
- IHK Mittlerer Niederrhein
- Bergische IHK
Wuppertal-Solingen-Remscheid

Landschaftsverband Rheinland (LVR)

www.metropolregion-rheinland.de

Kontakt:

Thomas Schauf

Geschäftsführer

E-Mail: thomas.schauf@metropolregion-rheinland.de

Telefon: +49 (0) 221 989317-100